

---

## Newsletter

### Berichte – Informationen – Debatte

---

September 2017

#### **Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,**

Nach der Bundestagswahl ist vor der Landtagswahl, könnte man meinen und zur Tagesordnung übergehen. Doch das Abschneiden der AfD, mit dem nun 94 antidemokratische LautsprecherInnen, gestützt auf etwa 13 Prozent des Wahlvolks, im und aus dem Bundestag heraus hohe Aufmerksamkeit erzielen können, verlangt nach einer Reaktion auch aus unseren Reihen. Ein seit Jahren bekanntes und stabiles Potenzial von völkisch-rassistisch-nationalistischen Einstellungen wurde am 24. September nun auch bundesweit manifest. Und – soweit erste Wahlanalysen und Reaktionen von Parteienvertretern wie Horst Seehofer zeigen – hat sich in der Republik ein Rechtsruck Ausdruck verschafft, der konkreten Anlass gibt, unsere Arbeit um demokratische Kultur kritisch zu befragen und Konsequenzen zu ziehen.

Die Tagung gegen Rechtsextremismus am 17./18. November in Hannover wird weder einen regionalen Aufstand gegen diese Leute organisieren noch leichte Handreichungen im Umgang mit ihnen liefern. Wir können uns aber bemühen, im Begreifen der politischen Verhältnisse im Land und darüber hinaus unter die Oberfläche politischer Strömungen des antidemokratischen Antirepublikanismus zu blicken. Dass die von uns praktizierte Erinnerungskultur immer auch Politik ist, bei der es nicht nur um Geschichte, sondern um Gestaltung von Gegenwart geht, werden wir verschärft wahrnehmen. Denn eine politische Kraft gewinnt über den Bundestag und – davon man man/frau wohl ausgehen – bald über den niedersächsischen Landtag Macht, um den weitgehenden erinnerungspolitischen Konsens auf eine harte Probe zu stellen. Wir werden unsere Haltungen, unsere Einstellungen, unsere Praxis vermehrten Widerständen ausgesetzt sehen. Jenseits von AfD und anderen Parteiungen ähnlichen Kalibers werden auch bislang schweigende Stimmen zunehmend hörbar werden, die in einer Abkehr von zeithistorisch-kritischer Geschichtsbearbeitung die deutsche Vergangenheit der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts entsorgen wollen – um unsere Gegenwart zum Schlechten zu verändern.

Einige Beiträge in diesem Newsletter bieten insofern nicht nur eine Vorbereitung auf die Tagung an. Sie wollen über den Weg einer kritischen Selbstbefragung und Selbstvergewisserung das Verständnis und die Verständigung über unser Tun voranbringen. Sie sollten deshalb auch Motor für eine Debatte sein, einer Debatte, die sich nicht auf dies Medium beschränkt, sondern auch in Form von Veranstaltungen, Seminaren etc. geführt werden sollte.

## Der Inhalt:

- **Kurzbericht zur letzten Mitgliederversammlung des Vereins Netzwerk**
- **Antikriegstag – Gedenkveranstaltung am Ehrenfriedhof**
- **Arbeitskreis „Ein Mahnmal für das Frauen KZ in Limmer“ auf dem Limmerstraßenfest am 2.9.2017**
- **30 Jahre Gedenkstätte Ahlem**
- **Gedenkstättenarbeit in Deutschland seit 1945: eine Erfolgsgeschichte?**
- **Platzbenennung: Margarethe-und-Max-Rüdenberg-Platz in Limmer eingeweiht**
- **Gedenkfeier – 70 Jahre Mahnmal für die hannoverschen KZ-Opfer**
- **Lutheraner verstören Juden – eine kritische Nachlese zum Reformationsfest des hannoverschen Stadtkirchenverbandes**
- **„Hannover hat nichts!“ – Understatement oder Selbstironie?**
- **Lesetipps**
- **Ankündigungen**

*Peter Schyga (Netzwerkreferent)*

---

## **Kurzbericht zur letzten Mitgliederversammlung des Vereins Netzwerk**

Zu Beginn der Versammlung am 9.8.2017 im Veranstaltungszentrum Rotation, ver.di-Höfe, bei der 17 Mitglieder anwesend waren, stellte Michael Dunst die allgemeine Arbeit und die Schwerpunkte der erinnerungskulturellen Aktivitäten des Bildungswerks ver.di Hannover, dessen Gast wir waren, vor. Die ver.di Höfe knüpfen als Bildungs-, Kommunikations- und Versammlungsort an die Tradition seit Entstehung des Hauses um die vorletzte Jahrhundertwende an. Heute gehören Weiterbildung von Betriebs- und Personalräten im Arbeits- und Tarifrecht, Weiterbildung auf dem Feld der Ausbildung und Stärkung von Sozialkompetenz aber auch in der politischen Bildung zu den Aufgaben der über 100 MitarbeiterInnen. Priorität hätten gegenwärtig Politikfelder wie das Thema Flüchtlinge und Integration, das Agieren gegen Rechts oder die Kritik des neoliberalen Mainstreams. Die online regelmäßig erscheinenden Veranstaltungshinweise und die zahlreichen zu beziehenden Flyer künden von der Vielfalt der Aktivitäten im Bereich der allgemeinen politischen Bildung, vgl.:

[www.Bildungswerk-verdi.de](http://www.Bildungswerk-verdi.de). Für das Jahr 2018 sind zwei außerordentliche Aktivitäten in Vorbereitung: Eine Ausstellung und Vortragsreihe zur Novemberrevolution von 1918 sowie die Bearbeitung des Themas „50 Jahre 1968“.

Im Bericht des Vorstands ließ der Vereinsvorsitzende Dr. Horst Meyer die Aktivitäten der letzten Monate Revue passieren: unsere Engagement um des NS-Dokumentations- und Lernzentrum, die in Kooperation mit der VHS durchgeführt Ausstellung zu den Todesmärschen 1945, unseren Auftritt am 1. Mai und am „Tag der Demokratie“ im Neuen Rathaus Hannover, die stetige Arbeit an der website und dem Newsletter, das Bemühen dem digitalen Stadtrundgang zu mehr Präsenz und Akzeptanz zu verhelfen. Er wies auf die eigentlich prekäre finanzielle Lage des Vereins hin, die kaum finanziellen Spielraum für die Erledigung des operativen Geschäfts habe, wie z.B. einen neuen Flyer zu erstellen.

Ein Aufnahmeantrag des Fördervereins Gedenkstätte Ahlem ins Netzwerk wurde einhellig begrüßt, allerdings vertagt, bis der Förderverein „auf der von ihm betriebenen website [www.erinnerungundzukunft.de](http://www.erinnerungundzukunft.de) alle Inhalte entfernt bzw. verändert, die den Eindruck erwecken

könnten, der Förderverein handele als Vertreter des Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover.“ [Diese Angelegenheit ist im Fluss, PS]

Im Zuge der Debatte um das NS-Dokumentations- und Lernzentrum wurde die wichtige Rolle des Netzwerks und seiner dezentralen Initiativen bei der Gestaltung dieses Ortes, der ja nun feststehe, betont. Es wurde beschlossen, bald eine Informationsveranstaltung über den Stand der Dinge und die Perspektiven abzuhalten.

PS

---

## Antikriegstag – Gedenkveranstaltung am Ehrenfriedhof

Zum Antikriegstag am 1. September hat die Landeshauptstadt Hannover gemeinsam mit der IG Metall auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer den Opfern von Krieg und Gewalt gedacht.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Dirk Schulze von der IG Metall Hannover die über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, nahm mit seinen Worten Bezug auf das aktuelle Weltgeschehen und betonte die Notwendigkeit der Unterstützung von Friedensinitiativen. Danach sprach Oberbürgermeister Stefan Schostok sein Grußwort. Auch er hob hervor, dass Frieden ein Luxus sei, den man aktiv erhalten müsse. Zum Zeichen des Friedens überreichte Künstler Richard Hillinger eine seiner 30 goldenen Friedenstauben an Stefan Schostok, der sie im Namen der Stadt Hannover entgegen nahm. Daraufhin steckte Schostok der Taube den Ölzweig an als Symbol für den Frieden. Die 30 Tauben von Richard Hillinger stehen jeweils für einen der 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Bei jeder Übergabe wird ein Artikel ausgesucht, die Stadt Hannover hat sich für Artikel 3 entschieden, „Jeder hat das Recht auf Leben. Jeder hat ein Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ Das reisende Kunstwerk wird bis 2018 in Hannover bleiben und dann im Rahmen einer „Mayors for Peace“ Konferenz an die Stadt Münster gehen.



*Die Übergabe der Friedenstaube durch Richard Hillinger an die Stadt Hannover, vertreten durch den Oberbürgermeister Stefan Schostok. (von links: Dirk Schulze (Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover), Stefan Schostok (Oberbürgermeister der LHH), Richard Hillinger (Künstler und Schaffer der goldenen Friedenstauben) © LHH*

*LHH-StädtischeErinnerungskultur*

---

## **Arbeitskreis „Ein Mahnmal für das Frauen KZ in Limmer“ auf dem Limmerstraßenfest**

Mit Informationen zum ehemaligen KZ beim Conti-Betrieb in Limmer, den archäologischen Grabungen und dem am ehemaligen Standort geplanten Gedenkort traf der Arbeitskreis am 2. September auf großes Interesse. Auf die vorab per Mail verschickte Ankündigung hin oder auch nur im Vorübergehen aufmerksam geworden, kamen zahlreiche Straßenfestbesucher zum Informationsstand in der Viktoriastraße. Die Besucherinnen und Besucher nahmen gern die Info-Flyer entgegen oder hinterließen Spenden – auch für bereitgehaltene Literatur.



Das Wichtigste aber waren die vielen Gespräche, in denen deutlich wurde, dass bei Lindener EinwohnerInnen ein großes Interesse und Informationsbedarf zu den über 70 Jahre zurückliegenden Geschehnissen besteht.

*Horst Dralle, Matthias Waselowsky*

---

## **30 Jahre Gedenkstätte Ahlem – ein Grund zum Feiern**

Ein heiterer Spätsommertag trug sicher seinen Teil zu einer ausgelassen unverkrampften Atmosphäre bei der Feier der Gedenkstätte Ahlem anlässlich ihres 30jährigen Bestehens am Sonntag, dem 27. August, bei. Wohl um die hundert Gäste hatten sich zu diesem Anlass im Hof der Gedenkstätte eingefunden. Straff und kompetent von Frauke Bittner moderiert ließen etliche Protagonisten der ersten Stunde das Entstehen und Werden des Gedenkortes Revue passieren. Nach dem Grußwort des Regionspräsidenten Hauke Jagau betonte der Vorsitzende des Fördervereins Gedenkstätte Ahlem, Dr. Rainer Litten, die Bedeutung des Erinnerns an solch einem Ort. Es ginge um das Erzählen der Wahrheit, um das Bewahren der Wahrheit und dies über das Einzelschicksal hinaus. „Klüger werden durch die Wahrheit“ und dabei ihre Verteidigung gegen alle Angriffe auf sie hartnäckig abzuwehren, sei nicht nur ein Gebot dieses Ortes, sondern Aufgabe aller überall. Gabriele Lehmborg und Dr. Hans-Dieter Schmidt erinnerten die ZuhörerInnen an die ersten Jahre des organisatorischen Aufbaus und die inhaltliche Fundierung des Ortes durch internationale wissenschaftliche Forschung. Stefanie Burmeister hob den Prozess der steten Weiterentwicklung der inhaltlichen und gestalterischen Konzeption der Gedenkstätte seit ihrer Fertigstellung in der jetzigen Form hervor, ein Prozess, der, wie eine in der Debatte befindliche Neukonzeption, immer weiter fortgeführt werde. Dr. Jens-Christian Wagner von der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten widmete sich in einem kurzen Abriss dem Thema „Gedenkstättenarbeit in Deutschland seit 1945: eine Erfolgsgeschichte?“ [J.-Chr. Wagner hat dankenswerter Weise auf Bitten der Redaktion seinen Beitrag in ausführlicher Form für diesen Newsletter aufbereitet; er ist im Abschluss an diese Zusammenfassung abgedruckt.]

Im Namen der Sophienschule Hannover, die ein Patenschaft mit der Gedenkstätte unterhält, berichteten Esther Belgorodski und Leonard Dieckow von ihren Eindrücken und Empfindungen bei der Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit im Rahmen ihrer Arbeit mit der Gedenkstätte.



Foto: Sarah Hüttenberend

Das Romano Schwarz Ensemble begleitete die Redepausen mit lebhafter, manchmal zum Nachdenken zwingender Musik in der Tradition Django Reinhardts.

Ein reichhaltiges Buffet lud zu leckerem Schmaus und manchem Gespräch ein. Nachdem sich auch das Musikquartett gestärkt hatte, griff es wieder in die Saiten und begleitete das allmähliche Ausklingen der Feier mit ihrem jazzigen Sound.

PS

---

*Eine kritische und diskursive Reflexion über vergangene, gegenwärtige und zukünftige Arbeit in Gedenkstätten und an anderen Erinnerungsorten sowie in erinnerungspolitischen Debatten ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit in Gegenwart und Zukunft. Jens-Christian Wagner hat in seinem kurzen Redebeitrag auf der 30-Jahr-Feier in Ahlem zentrale Aspekte dieses nötigen Diskurses angerissen. Er war so freundlich, diese in einen längeren Beitrag für den Newsletter zu gießen. Ich möchte den Beitrag gern mit der Bemerkung einleiten: Die Debatte sei im Forum Newsletter eröffnet.*

PS

## **Gedenkstättenarbeit in Deutschland seit 1945: eine Erfolgsgeschichte?**

In der deutschen Mehrheitsgesellschaft überwog nach 1945 das Ressentiment gegenüber den Überlebenden der NS-Verbrechen; man fühlte sich selbst als Opfer des Krieges und der alliierten Reeducation, eine kritische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen blieb damit ebenso aus wie eine Würdigung der Opfer. Vor diesem Hintergrund verschwanden die Überreste der Lager nach 1945 sehr schnell, sofern sie nicht als Internierungslager der Alliierten oder als DP-Camps oder auch als Notaufnahmelager für Vertriebene nachgenutzt wurden. Von deutscher Seite aus gab es lange Zeit kaum Ansätze, die Lagerstandorte als Erinnerungsorte zu erhalten. Das Gedenken wurden den „Fremden“ überlassen, also den Besatzungsmächten und vor allem den Überlebenden, die an den historischen Orten um ihre toten Mithäftlinge trauerten. Fast alle frühen Gedenkzeichen wurden von den Überlebenden selbst errichtet, auf dem Gelände des KZ Bergen-Belsen etwa im September 1945 ein Mahnmal, das jüdische Überlebende errichteten, und im November 1945 ein Hochkreuz, gesetzt von polnischen Überlebenden, die zu diesem Zeitpunkt noch im nahen DP-Camp Bergen-Belsen lebten.

Von offizieller westdeutscher Seite wurden die ehemaligen Konzentrationslager in den 1950er bis in die 1980er Jahre entweder wie Bergen-Belsen zu historisch entleerten Friedhofsanlagen umgestaltet oder derart überbaut, dass an die Vergangenheit der Orte kaum noch etwas erinnerte (Neuengamme als Gefängnisstandort). In der DDR hatten die Gedenkstätten hingegen eine herausgehobene politische Bedeutung für den SED-Staat, der den propagierten Antifaschismus zu seinem

Gründungsmythos erhob und 1958 Buchenwald als erste „Nationale Mahn- und Gedenkstätte“ einrichtete. Es folgten später Sachsenhausen und Ravensbrück. Trotzdem oder gerade deshalb spielten die authentischen historischen Orte auch hier nur eine untergeordnete Rolle.

Während sich in der DDR bis 1989 in dieser Hinsicht nicht viel änderte, vollzog sich in der Bundesrepublik ab den 1970er Jahren ein tiefgreifender Wandel. Dem politischen Aufbegehren und pädagogischen Aufbruch der „68er“ folgend entdeckten Geschichts- und Erinnerungsinitiativen scheinbar vergessene Lager neu und machten sie – nicht selten mit aufklärerischem Impetus und gegen den Widerstand der Mehrheitsgesellschaft und kommunaler oder staatlicher Behörden – zum Gegenstand politischer Bildungsarbeit. Bald entwickelten sich aus solchen Initiativen an verschiedenen Orten, so auch in Ahlem, „arbeitende“ Gedenkstätten, die ihre Existenz kritisch-bürgerschaftlichem Engagement zu verdanken hatten und deren Mitarbeiter ehrenamtlich oder in prekären Arbeitsverhältnissen tätig waren. Eine staatliche Förderung gab es nur selten.

Das änderte sich erst ab Ende der 1980er Jahre, als mit einer neuen Generation von Politikerinnen staatliche und kommunale Stellen den Forderungen der bürgerschaftlichen Initiativen nach staatlicher Unterstützung nachzukommen begannen. Schrittweise wurden die Gedenkstätten ausgebaut, in nennenswertem Umfang aber erst seit 1998, als der Bund eine erste Bundesgedenkstättenkonzeption verabschiedete, die seither mehrfach fortgeschrieben wurde. Ihr wie der komplementären Finanzierung durch die Länder und/oder Kommunen ist es zu verdanken, dass nach der in den 1990er Jahren realisierten Neukonzeption der ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten der DDR auch der Ausbau der West-Gedenkstätten auf den Weg gebracht werden konnte, etwa in Neuengamme, Bergen-Belsen, Flossenbürg und Dachau, aber auch an überregional nicht ganz so bekannten Orten wie Sandbostel oder Esterwegen. In einigen Fällen, wie in Ahlem, übernahmen Kommunen oder Landkreise auch alleine, also ohne Förderung des Bundes, den Ausbau von Gedenkstätten. Es entstanden teils neue Museumsgebäude mit neuen Dauerausstellungen, und die Lagergelände wurden mit dem Ziel neu gestaltet, historische Relikte sicht- und lesbar zu machen. Mit der Modernisierung und Neukonzeption ging ein Professionalisierungsschub einher; Gedenkstätten verstehen sich heute nicht nur als Orte der Trauer und des Gedenkens, sondern zunehmend auch als moderne zeithistorische Museen. Zugleich wird die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen heute von der Mehrheit der Bevölkerung wie der Politik nicht mehr in Zweifel gezogen (außer in der AfD, wie unlängst der unsägliche Auftritt von Björn Höcke in Dresden gezeigt hat).

Eine Erfolgsgeschichte also? Im Ausland, etwa in Japan, sieht man voller Bewunderung auf die deutschen „Erinnerungsweltmeister“, und in nicht wenigen Politikerreden schwingt an Gedenktagen eine ordentliche Portion Bewältigungsstolz mit. Aber: Bei kritischen Beobachtern, teils auch innerhalb der Gedenkstätten, macht sich zunehmend ein Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur breit. Dieses speist sich aus ritualisierten, pathoshaften Beschwörungsformeln im politischen und gesellschaftlichen Diskurs (externe Faktoren), aber – mit Blick auf die Arbeit innerhalb der Gedenkstätten – auch aus Defiziten der Gedenkstättendidaktik. Das Unbehagen lässt sich im Wesentlichen fünf Feldern zuordnen:

### **1. Erinnerung vs. Auseinandersetzung**

War die Auseinandersetzung in den 1980er und teils auch in den 1990er Jahren zumindest in Westdeutschland noch das Betätigungsfeld bürgerschaftlichen Engagements einer aufgeklärten Minderheit, das gegen den Mehrheitswillen und teils auch gegen den Staat durchgesetzt werden musste, so ist Gedenkstättenarbeit heute überwiegend staatlich oder kommunal verankert und damit staatstragend geworden. Der Verweis auf vor Ort begangene NS-Verbrechen hat – generationell bedingt – keinen Skandalisierungs- oder Aufregungspotential mehr; selbst

Lokalpolitiker finden an Gedenktagen die mehr oder weniger richtigen Worte – nicht selten allerdings in leeren Pathosformeln (es wird das „Nie wieder!“ beschworen statt nach dem Warum zu fragen).

Parallel zu dieser Entwicklung setzten der Siegeszug der „Erinnerung“ und der Hype des Zeitzeugen ein. An die Stelle reflektierter, kritischer und wissenschaftlich fundierter Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und ihren Folgen traten – nicht zuletzt medial aufbereitet – die Berichte der Tatzeugen, seit rund drei Jahrzehnten als Zeitzeugen bezeichnet. Was anfangs emanzipatorisch gemeint war – in Abgrenzung von der Herrschaftsgeschichtsschreibung sollte den Namenlosen eine Stimme gegeben werden –, wird seit Jahren zusammen mit der materiellen Hinterlassenschaften des NS, etwa den steinernen Zeugnissen in den Gedenkstätten, zunehmend sakralisiert und nur selten hinterfragt. Quellenkritik, so scheint es, ist etwas für die Wissenschaft, nicht aber für den Topos der „Erinnerung“. Das Bekenntnis zur Multiperspektivität mündet damit in postmoderner Urteilslosigkeit. Dazu passt, dass geschichtliche Ereignisse bzw. ihre subjektive Wahrnehmung historisch nicht mehr kontextualisiert werden. Persönliche Erlebnisse können jedoch nie für das Ganze stehen; Geschichte geht nicht in Erinnerung auf. Auch die Kausalität von Ursache und Wirkung wird nicht mehr hinterfragt. So kommt es dann zu bizarren Gedenkveranstaltungen wie etwa im Januar 2005 im Thüringer Landtag, bei der zum Gedenktag für die Opfer des NS in einem Atemzug der Verfolgten des NS und des Kommunismus und dann auch noch der Toten nach dem Tsunami Weihnachten 2004 im Indischen Ozean gedacht wurde. Zum einen wird damit auch der NS gewissermaßen als Naturkatastrophe dargestellt, zum anderen wird die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte ersetzt durch historisch entkernte Pietät. Friede, Trauer, Eierkuchen, so könnte man dieses Gedenkkonzept, das niemandem wehtut und keine Fragen stellt, salopp zusammenfassen.

## **2. Opferzentrismus**

Auch wenn das „Opfer“ auf Schulhöfen zum Schimpfwort geworden ist: Gesellschaftlich ist es hoch angesehen und hat ein breites Empathie- und Identifikationspotential – siehe das Beispiel der Veranstaltung im Thüringer Landtag. Mit und um Opfer zu trauern oder sich sogar mit ihnen zu identifizieren ist leichter als Fragen nach den Hintergründen der Tat zu stellen, und dazu zählen insbesondere Fragen nach den Tätern, Mittätern und Zuschauern. Zudem werden sämtliche Grauzonen ausgeblendet, bezogen auf das KZ-System etwa die ambivalente Rolle der Funktionshäftlinge. Überhaupt macht der Opferdiskurs aus Menschen Objekte und verstellt den Blick auf Verfolgte als Akteure. Genau darin läge aber ein didaktisches Potential.

Wie weit das geht, zeigt die öffentliche Wahrnehmung des Themas „Widerstand“, die zunehmend gegen Null tendiert, insbesondere beim Blick auf die Geschichte des KZ Bergen-Belsen: Jeder kennt das jüdische Mädchen Anne Frank, kaum jemand aber Heinrich Jasper, der als sozialdemokratischer Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig während der Weimarer Republik einer der profiliertesten Gegner der Nationalsozialisten war und wie Anne Frank im Frühjahr 1945 in Bergen-Belsen starb. Zu dieser öffentlichen Sichtweise passt auch, dass die Redaktion der Celleschen Zeitung unlängst einen Artikel über französische Widerstandskämpfer im KZ mit der Überschrift „Zeugnis jüdischen Leids“ versah. Im eigentlichen Artikel ging es aber weder um Leid noch um Juden, sondern um französische nichtjüdische Résistance-Angehörige.

## **3. Universalisierung der Shoah Education**

Die Shoah, also die Ermordung der europäischen Juden im Nationalsozialismus, ist in den vergangenen drei Jahrzehnten – teils mit affirmativer Stoßrichtung – zur Chiffre für das Thema Gesellschafts- und Regimeverbrechen insgesamt geworden und wird bisweilen der Auseinandersetzung mit ganz anderen Verbrechen aufgestülpt und damit historisch entkontextualisiert. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bandbreite der NS-Verfolgung aus dem Blick gerät. In der öffentlichen Wahrnehmung werden, verstärkt durch mediale Präsentationen, oft alle

NS-Opfer unter dem Holocaust subsumiert und/oder gar nicht mehr gesehen – die Schlagzeile der Celleschen Zeitung beweist es.

#### **4. Gedenkstättenarbeit als Subdisziplin der Menschenrechtserziehung**

Mit zunehmender Entfernung zum historischen Geschehen und mit dem Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis stellt sich Gedenkstättenmitarbeiter immer mehr die Relevanzfrage: Was geht uns heute eigentlich noch die Geschichte der NS-Verbrechen und ihrer Opfer an? Was hat das mit unserem heutigen Leben zu tun? Die Antwort heißt vielerorts, Gedenkstättenarbeit als allgemeine Menschenrechtserziehung zu verstehen.

Sicherlich: Ein Gedenkstättenbesuch kann und soll Fragen nach den Ursachen und Formen von Gewalt und Repression auch in heutiger Zeit auslösen. Es ist jedoch vermessen zu erwarten, er könne Defizite einer allgemeinen Werteerziehung in Schule und Gesellschaft ausgleichen. Der Besuch eines Tat- und Leidensortes wirkt nicht per se emanzipatorisch. Niemand wird durch den Gedenkstättenbesuch zum besseren Menschen. Gedenkstätten sind keine demokratischen Läuterungsanstalten, und deshalb ist auch die Vorstellung naiv, ein Jugendlicher mit gefestigtem rechtsextremistischem Weltbild könne in der Gedenkstätte „geheilt“ werden.

Für noch problematischer halte ich die sinnstiftende und nicht selten affirmative Stoßrichtung der Gedenkstätten-Menschenrechtsbildner: Letztlich wird sinnloses Leiden, wird heillose Geschichte in eine religiöse, politische oder metaphysische Teleologie eingelesen, nach der wir aus der dunklen Vergangenheit in die leuchtende Gegenwart oder Zukunft gehen, wenn wir nur die richtigen „Lehren“ aus der Vergangenheit beherzigen. Die von den Nationalsozialisten Verfolgten hatten jedoch ganz eigene, individuelle soziale und politische Vorstellungen, und keiner von ihnen ist gestorben, um das Grundgesetz der Bundesrepublik zu schützen. Auch die allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist erst nach dem Zweiten Weltkrieg verfasst worden. Letztlich ist es damit eine Instrumentalisierung der Opfer und Kennzeichen eines eben nicht reflexiven, sondern affirmativen Geschichtsverständnisses, unsere heutigen Vorstellungen von Menschenrechten und politischer Moral als Lehre aus den Verbrechen der Nationalsozialisten zu verkaufen. Wie stark dieser Weg in die Irre führt, haben uns bereits die Geschichtsideologen in der DDR gezeigt, die die Gedenkstätten zu Bühnen staatslegitimierender Selbstdarstellung ausbauten.

Im schlimmsten Fall machen wir in den Gedenkstätten heute genau das, was wir aus guten Gründen an der staatslegitimierenden DDR-Geschichtspolitik kritisiert haben, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Das Ergebnis ist eine Art freiheitlich-demokratische Staatsbürgerkunde – also das Gegenteil dessen, was wir unter Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins verstehen.

#### **5. Das dokumentierende Prinzip / Fetischismus der Relikte**

Der zweite vermeintliche Königsweg, den viele Gedenkstätten beschritten haben, ist auf den ersten Blick das genaue Gegenteil der menschenrechtlichen Mastererzählung: das dokumentierende Prinzip, die Reduktion musealen Erzählens auf die Objekte, aus denen der Besucher sich den Sinn der Geschichte selbst erarbeiten soll.

Hintergrund des dokumentierenden Prinzips, sei es nun in Ausstellungen oder im Umgang mit dem Lagergelände, sind nicht nur die Erfahrungen mit DDR-Ideologisierung und westdeutsch-volkspädagogischer Überwältigungs-Pädagogik. Auch generationelle Gründe spielen eine wichtige Rolle. Solange die Zeitzeugen den öffentlichen Erinnerungsdiskurs prägten, glaubte man, auf die materiellen Relikte der NS-Verbrechen – und das waren neben den Dokumenten vor allem die baulichen Relikte –, weitgehend verzichten zu können.

Heute klammern sich die Mitarbeitenden in vielen Gedenkstätten geradezu verzweifelt an die historischen Relikte, die als letzte materielle Zeugnisse gelten, die nach dem Abschied von der



Zeitzeugenschaft vom Terror in den Lagern bleiben. Wenn die Überlebenden nicht mehr berichten können, bleiben nur noch die schriftliche Hinterlassenschaft von Opfern und Tätern und – was die historischen Orte anbelangt – die baulichen Relikte. Letztere werden zur steinernen Evidenz, zu Beweismitteln. Mehr noch: Häufig werden aus Relikten Reliquien mit starker sakraler Aufladung. Nicht nur in Bezug auf die baulichen Relikte, sondern auch bezüglich der schriftlichen Quellen zur Geschichte der Konzentrationslager hat sich seit der 1990er Jahren in fast allen deutschen KZ-Gedenkstätten das Konzept dokumentierender Spurensuche und Spurensicherung durchgesetzt. Bauliche Relikte und historische Ausstellungsobjekte sollen danach nicht eine vorgegebene Geschichtsdeutung illustrieren, sondern mit ihrem fragmentarischen Charakter vielschichtige und bewusst mehrdeutige Zugänge zur Geschichte bieten. Ob dieses Konzept heute immer noch in jedem Fall tragfähig ist, erscheint jedoch zunehmend fraglich. Streng theoretisch-methodisch gesehen überzeugt es zwar; die Zweifel kommen eher aus der Vermittlungspraxis: Das Konzept hat didaktische Realisierungsprobleme. Auf die Relikte und Exponate bzw. ihre Auratisierung allein zu vertrauen hilft nicht; vor lauter Bäume sieht man den Wald nicht mehr. Das bedeutet, dass die Relikte kontextualisiert und prägnant kommentiert werden müssen. Damit wird die Mehrdeutigkeit aber schon eingeschränkt.

In den Gedenkstätten sind wir zunehmend mit Besuchern konfrontiert, die wenig oder kein Vorwissen mitbringen oder nach dem Konsum trivialisierender medialer Inszenierungen à la Guido Knopp meinen, die Geschichte schon genau zu kennen. Auf die Ausstrahlungskraft und den Zeichengehalt der Relikte, Dokumente und Berichte der Überlebenden allein zu setzen, hilft hier nicht weiter. Den Besuchern muss mehr geboten werden, es muss ihnen aktiv dabei geholfen werden, die Botschaft der Relikte zu entschlüsseln – und das, ohne sie zu entmündigen.

Es stellt sich damit die Frage, wie wir der Falle des dokumentierenden Prinzips entgehen, ohne eine Sinnstiftung oder eine entkontextualisiert menschenrechtsbildende oder im schlimmsten Fall systemlegitimierende Mastererzählung vorzugeben. Letztlich geht es um die Frage, wie und was wir aus der Geschichte der NS-Verbrechen lernen können, einer Geschichte, die heillos und unannehmbar ist, weil sie weder religiös noch politisch, metaphysisch und/oder geschichtsteleologisch einen Sinn hat.

#### **Folgende Lösungswege bieten sich an:**

##### **1. Historisches Urteilsvermögen als Vermittlungsziel**

Ziel der hist.-polit. Bildung in den Gedenkstätten ist nicht „Betroffenheit“, Überwältigung oder ein Positivismus des Grauens (also das Lernen von Techniken und Zahlen der Lagergeschichten), sondern ein ethisch fundiertes historisches Urteilsvermögen, also ein kritisches historisches Bewusstsein. Am besten erfolgt das mittels des forschenden oder entdeckenden Lernens, und zwar entlang der Relevanzfrage: Was geht uns das heute eigentlich noch an? Dabei sind veränderte Rezeptionsweisen und veränderte Fragestellungen der Besucher\_innen genauso zu berücksichtigen wie der Umstand, dass die historisch-politische Bildung in einer Migrationsgesellschaft stattfindet.

##### **2. Aktualitätsbezug und Handlungsorientierung**

Im Mittelpunkt des Gedenkens stehen die Opfer. Doch zeitgemäße Gedenkstättenarbeit im Sinne von historisch-politischer Bildung muss stärker auch die Täter, Mittäter und Zuschauer in den Blick nehmen und sich mit deren Motivation auseinandersetzen (diese besteht aus einer Gemengelage aus ideologischer Überzeugung, Ausgrenzungsdiskursen, Rassismus, Antisemitismus, Indoktrination, Sicherheits- und Kriminalisierungsdiskursen, Gruppendruck und Angst, also Faktoren, die gar nicht spezifisch nationalsozialistisch determiniert sind und auch heute ihre Wirkung entfalten). Gerade die Auseinandersetzung mit diesen Themen, insbesondere der Mitmachbereitschaft im NS, bietet große

handlungsorientierte didaktische Potentiale mit Aktualitätsbezug – am konkreten historischen Beispiel.

### 3. Rekontextualisierung und Exemplarität

Ausgangspunkt bleibt in den jeweiligen Gedenkstätten das historische Geschehen *vor Ort*, es wird aber eingebunden in die *Gesellschaftsgeschichte* des NS. Gerade durch die Bandbreite der öffentlich geförderten und teils auch ehrenamtlich aufgestellten Gedenkstätten bietet Niedersachsen ein in Deutschland einmaliges Potential mit über 100 Gedenkort und Initiativen. Vielfach stehen die jeweiligen Orte exemplarisch für bestimmte Verbrechenskompexe bzw. Funktionsweisen der NS-Diktatur, Ahlem etwa für die Geschichte der Ausgrenzung und Verfolgung der Juden (wie auch für den Gestapo-Terror gegenüber Zwangsarbeitern). Die Bandbreite dieser Orte muss unbedingt erhalten bleiben, denn sie zeigt erstens die Polylokaltät der Verbrechen, zweitens die große Bandbreite der Verfolgung und der Opfergruppen und drittens die Einbindung der Tätergesellschaft und die Funktionsweise der nach den Prinzipien von Exklusion und Inklusion formierten „Volksgemeinschaft“.

Die Bandbreite der Verfolgung und der Blick auf die Funktionsweise der NS-Gesellschaft verweisen auf den Kern der Gedenkstättenarbeit. Es geht nicht um historisch entleerte Pietät, um das unterschiedslose Beweinen der Toten des letzten Jahrhunderts, sondern es geht um die historische Einbettung des konkreten Geschehens, dessen gedacht wird. Und damit geht es um eine wache Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der NS-Verbrechen – und das, ohne die Opfer für aktuelle politische Zielsetzungen zu instrumentalisieren.

Nicht Affirmation oder Appellation, sondern Reflexion steht im Mittelpunkt des heutigen Umgangs mit der NS-Geschichte in den Gedenkstätten, anders formuliert: Nicht Bekenntnis, sondern Erkenntnis ist das Ziel. Das bedeutet, es werden nicht einfache Antworten gegeben, und es wird auch keine simple Teleologie präsentiert. Vielmehr geht es darum Fragen aufzuwerfen: Wer hat etwas getan, warum hat er es getan, welche Folgen hatte das für die Opfer, wer waren die Opfer, in welchem Kontext geschahen die Verbrechen? Und schließlich: Was geht uns das heute an?

*Dr. Jens-Christian Wagner*

---

### Platzbenennung: Margarethe-und-Max-Rüdenberg-Platz in Limmer eingeweiht

Oberbürgermeister Stefan Schostok und der Bezirksbürgermeister des Stadtbezirkes Linden Limmer Rainer-Jörg Grube haben am Freitag, 22. September 2017 zusammen mit Vernon Reynolds, einem Enkel der Rüdenbergs, das Straßenschild des neu benannten Margarethe-und-Max-Rüdenberg-Platzes in Limmer enthüllt.



*Bezirksbürgermeister Rainer-Jörg Grube, Oberbürgermeister Stefan Schostok und Rüdenberg-Enkel Vernon Reynolds enthüllen das neue Straßenschild. © Städtische Erinnerungskultur LHH Hannover*

Nach einem musikalischen Beitrag von Lars Stoermer (Saxophon) und Clara Däubler (Kontrabass) eröffnete Bezirksbürgermeister Grube die Veranstaltung. Er begrüßte die aus England angereisten Mitglieder der Familie Reynolds – Enkel, Urenkel und Ururenkel des Ehepaars Rüdberg. Er sprach kurz über die Verfolgung von Margarethe und Max Rüdberg als Juden im Dritten Reich sowie den Arbeiterwiderstand in Linden und Limmer.

Im Anschluss würdigte Oberbürgermeister Stephan Schostok den Bettfedernfabrikant Max Rüdberg als Industriellen und engagierten Bürger der Stadt. Max Rüdberg war von 1909 bis 1919 Bürgervorsteher der damals selbstständigen Stadt Linden für den Stadtteil Limmer und von 1920 bis 1925 Mitglied im Rat der Stadt Hannover.

*Vernon Reynolds spricht über seine Großeltern Margarethe und Max Rüdberg. © Städtische Erinnerungskultur LHH Hannover*

Vernon Reynolds, der jüngste Enkel von Margarethe und Max Rüdberg, erinnerte an die Fluchtgeschichte seiner Familie. Ohne das aufopfernde Handeln der Großeltern hätten ihre Kinder und Enkel die nationalsozialistische Diktatur nicht überlebt. 1937 versorgten sie den Sohn Ernst und seine Frau Elisabeth mit Geld für die Reise nach Holland und die Überfahrt nach Südafrika. Nachdem ihnen in



Amsterdam alles gestohlen wurde, beschloss Margarethe Rüdberg, ihnen auf anderer Weise zu helfen. Sie fuhr mit dem Zug von Hannover nach Amsterdam – und nahm Brot und Wurst als Proviant mit. In der Wurst versteckte sie ein wertvolles Diamantarmband, das auf dieser Weise den Polizeikontrollen entging und für die Überfahrt von Ernst und Elisabeth nach Südafrika eingesetzt werden konnte. Nachdem sein Vater verhaftet worden war, kam Vernon Reynolds, damals Werner Rheinhold, 1938 mit seiner Mutter Eva und den älteren Geschwistern Peter und Marianne zu den Großeltern nach Hannover. „1938 aber war es schon schwierig, Papiere und Dokumente für eine Reise zu bekommen“, berichtete er. Mit viel Geduld gelang es Margarethe Rüdberg, alle notwendigen Papiere für ihre Tochter und Enkel zusammenzutragen. Am letzten Tag des Jahres 1938 konnte Vernons 16jähriger Bruder Peter mit einem Kindertransport nach England fliehen, gefolgt Anfang 1939 von der 14jährigen Schwester Marianne. Der damals nur drei Jahre alte Vernon Reynolds floh im März 1939 zusammen mit seiner Mutter ebenfalls nach England. Doch damit waren die Mittel der Großeltern Rüdberg aufgebraucht. Margarethe und Max Rüdberg wurden im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Max starb am 26. September 1942, Margarethe am 29. November 1943.

Bevor das Straßenschild von Oberbürgermeister Schostok, Bezirksbürgermeister Grube und Vernon Reynolds feierlich enthüllt wurde, trug Vivien Minto, Urenkelin von Margarethe und Max Rüdberg, die bewegenden Erinnerungen ihres Vaters Peter Reynolds an die geliebten Großeltern vor. Sie erzählte von liebevollen und großzügigen Menschen, die gerne Zeit mit ihren Enkelkindern verbrachten und deren Haus und Garten an der Schwanenburg in Linden den Enkelkindern als eine Art „Paradies“ in Erinnerung blieben.

*LHH Städtische Erinnerungskultur*

---

## **Gedenkfeier – 70 Jahre Mahnmahl für die hannoverschen KZ-Opfer**

Die Städtische Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover lud am Donnerstag, den 14. September zum 70. Jahrestag der Einweihung des zentralen Mahnmals für die Opfer der KZ-

Außenlager in Hannover auf dem Seelhorster Friedhof zu einer Gedenkveranstaltung mit Vortrag und Lesung ein.

Die Veranstaltung begann mit einer Ansprache von Thomas Hermann, dem Bürgermeister der Landeshauptstadt. Er spannte dabei den Bogen von der Geschichte des Nationalsozialismus zur heutigen Zeit und betonte, dass die Botschaft, die uns die ehemaligen Häftlinge hinterlassen haben nach wie vor aktuell bleibt. „Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist fester Bestandteil unserer demokratischen Kultur und im öffentlichen Raum vielerorts präsent. Dennoch bleibt die Aufgabe und Mahnung von damals bestehen. Gemeinsam müssen wir wachsam sein, um rassistische und demokratiefeindliche Ideologien bekämpfen zu können. Dazu gehört auch, den vor Gewalt und Not Flüchtenden eine Heimstatt zu geben“, so Hermann.

Zur Geschichte des zentralen Mahnmals, seiner Entstehung und Einweihung, hielt im Anschluss Dr. Kreter von der Städtischen Erinnerungskultur einen Bildervortrag. Außerdem wurden bei einer Lesung ausgewählte Passagen der Ansprache vorgetragen, die Adolf Grimme, der spätere niedersächsische Kultusminister und Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks im Jahr 1947 anlässlich der Einweihung des Mahnmals gehalten hatte. Die Musikalische Begleitung der Veranstaltung übernahm die Gruppe Violin Guys. Insgesamt waren etwa 80 Besucher anwesend, unter anderem auch Schülerinnen und Schüler der St. Ursula-Schule in der Südstadt. Dabei beteiligten sich auch eine Schülerin und ein Schüler aktiv an der Veranstaltung, sie trugen die Passagen aus der Rede von Adolf Grimme vor.

Ebenfalls anwesend waren die Angehörigen von Dr. Victor Fenyes, der als KZ-Häftling über Auschwitz und weitere Lager wie Bergen-Belsen im Jahr 1945 ins KZ-Außenlager Ahlem gebracht wurde und dem schließlich bei der Räumung des Lagers die Flucht ins bereits befreite Hannover gelang. Seine Geschichte steht stellvertretend für die vielen ehemaligen KZ-Häftlinge, die in Hannover mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement zur Entstehung des Mahnmals beitrugen.



*Bürgermeister Thomas Hermann mit den Angehörigen von*

*Victor Fenyes am Mahnmal. © LHH – Städtische Erinnerungskultur*

*LHH Städtische Erinnerungskultur*

---

## **Lutheraner verstören Juden – eine kritische Nachlese zum Reformationsfest des hannoverschen Stadtkirchenverbandes**

Erinnerung und Zukunft – beide Perspektiven können auseinanderdriften. Umso wichtiger, sich ihnen stets aufmerksam zuzuwenden. Auf dem Reformationsfest des hannoverschen Stadtkirchenverbandes anlässlich des 500jährigen Reformationsjubiläums am 26. August gelang dies nicht ganz. Es kam zum Eklat. „Vergnügt, erlöst, befreit“ wollte der hannoversche Stadtkirchenverband das Fest feiern. Die Kirche lud ein zu einem Fest für „alle“. Doch die vier

jüdischen Gemeinden in Hannover fühlten sich vereinnahmt. Schon vier Monate vor dem Fest lehnten sie eine Teilnahme ab.

Ein Ärgernis jüdischerseits war der von der Kirche organisierte ökumenische „Stationenweg“, eine Prozession. Sie führte von der Marktkirche zu dem Denkmal der Göttinger Sieben, zur Reformierten Kirche auf der sogenannten „Straße der Toleranz“, vorbei an der Neustädter Kirche zur Gedenktafel an der Stelle, wo die Nazis am 9. November 1938 in der Pogromnacht die Synagoge niedergebrannt hatten. Der Weg endete in der katholischen Kathedrale St. Clemens. Die Kirche hatte Gabor Lengyel, Rabbiner der Liberalen jüdischen Gemeinde, gebeten, vor der Gedenktafel der früheren Synagoge zu beten oder zu sprechen. Lengyel hatte bereits im April signalisiert, dass die jüdischen Gemeinden, die sich beraten hatten, mit dem Reformationsfest nicht einverstanden seien. Lengyel, so beharrte die Kirche, sollte gleichwohl auftreten.

Als sich die Prozession dem Platz der abgebrannten Synagoge näherte, stand Lengyel nicht, wie erwartet, vor der Gedenktafel, sondern dreißig Meter vorher auf den Eingangsstufen zum Landeskirchenamt. Schnell wurde klar, dass es sich um eine Demonstration, um einen Protest handelte. „Heute ist Schabbat, ein Ruhetag“, sagte Lengyel. „Es ist für uns Juden überhaupt nicht angebracht, Gedenk- oder Trauergebete heute zu sagen.“

Die jüdischen Gemeinden seien „nicht begeistert“ von diesem Stationenweg und von dem „Fest für alle“. Martin Luther „eint uns in der Ablehnung dieses Festes“. „Reformation ja“, fuhr der Rabbiner fort. Aber in Luthers Schmähchrift „Von den Juden und ihren Lügen“ stehe das ganze Programm der Hitler-Zeit schon drin. Der Reformator habe seine Kristallnachtvorschläge als „scharfe Barmherzigkeit“ interpretiert. Durch eine solche Fehldeutung von Barmherzigkeit fühle er sich herausgefordert, hier vor dem Landeskirchenamt „Klartext“ zu sprechen. Lengyels Klartext traf die Zuhörer wie ein Schock. Lengyel weiter: Die kirchliche Steuerungsgruppe habe die Rote Reihe, in der einst alle vier Gotteshäuser standen, als „Straße der Toleranz“ bezeichnet. Doch „einige Meter von der zerstörten Synagoge entfernt“ müsste nun angesichts der Shoa ehrlicher von einer „Straße der zerstörten Akzeptanz“ gesprochen werden. „Hätten nicht Tausende und Abertausende Christen gegen Martin Luther aufstehen müssen, als er gegen die Juden hetzte?“, fragte Lengyel.

Am Ende schlug der Rabbiner versöhnliche Töne an. „Ich als Überlebender der Shoa im Getto Budapest reiche meine Hand gesprächswilligen Christen. Meine Bekanntschaften und tiefen Freundschaften mit Bischöfen, Pastoren und ehrenamtlich engagierten Frauen und Männern in den katholischen und evangelischen Kirchen Deutschlands zeigen mir..., dass die Kirche viel tut, um die Beziehung zu den Juden zu verändern. Lengyel entbot den jüdischen Friedensgruß „Schabbat Schalom!“ Zwei bronzene Skulpturen in Sichtweite bestätigten das verbesserte Verhältnis zwischen Christen und Juden nach zweitausend Jahren Feindschaft. Sie stehen seit Mai 2017 zwischen dem Landeskirchenamt und der Neustädter Kirche: Ecclesia (Kirche) und Synagoga, zwei allegorische Frauengestalten. Seit dem Mittelalter symbolisiert die Doppelskulptur die Beziehung zwischen Christen und Juden: Ecclesia triumphiert traditionell mit einem Kreuz; sie versteht sich als Erbin des Alten Testaments und als dessen Überbieterin durch den Messias Jesus Christus. Synagoga dagegen wurde reichsweit dargestellt als Enterbte, blind und taub gegenüber dem neutestamentlichen Bund Gottes mit den Menschen: eine Binde über den Augen, zu Füßen den Teufel.

Ein Gegenprogramm zeigen die beiden Frauen am Landeskirchenamt. Gestaltet von dem belgischen Künstler Johan Tahon, steht neben beiden je eine Himmelsleiter - Zeichen von gleichwertiger Verbindung zum selben Gott. Synagoga neigt ihren Kopf der Ecclesia zu, während diese ihren Kopf nach unten richtet, aus Scham darüber, was sie der Synagoga in der Geschichte angetan hat. Der Künstler nennt seine Doppelskulptur „Twins - Zwillinge“ – Geschwisterlichkeit zwischen Juden und Christen.

Die Wende brachte ein jahrzehntelanger christlich-jüdischer Dialog. 2013 endlich stellte die Synode der Hannoverschen Landeskirche ihr Verhältnis zu den Juden durch eine Verfassungsänderung auf eine neue Basis. Darin heißt es, die Kirche sei „durch das Wort Gottes und seine Verheißung mit dem jüdischen Volk verbunden“. Desgleichen beschloss die EDK-Synode 2016 den Verzicht auf eine Missionierung von Juden. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, hatte einen solchen Verzicht angemahnt und begrüßte den Beschluss.

Am 31. August 2017 empfing Papst Franziskus hochrangige Vertreter von orthodoxen Rabbinerkonferenzen. Sie überreichten ihm eine Erklärung zur positiven Entwicklung im jüdisch-katholischen Dialog. Darin heißt es, die Feindschaft gegen Juden sei in Beratungen, die vor fünfzig Jahren begonnen hatten, beendet. „Wir zollen der Arbeit der Päpste, Kirchenleiter und Gelehrten Beifall, die leidenschaftlich zu diesen Entwicklungen beigetragen haben“, würdigten die Rabbiner die Kehrtwende Roms. Eine solche Erklärung gibt es gegenüber der evangelischen Seite bislang nicht. Steht Luther dem im Wege?

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland befindet sich in einer Identitätskrise, seit sich die Wissenschaft zunehmend mit Luthers Judenfeindschaft befasst und schlimmste Hetzschriften und Äußerungen des Reformators über die Juden ans Licht befördert. In den Kirchenleitungen ist diese Aufklärung weitgehend angekommen, an der Basis und in Kirchenvorständen zum großen Teil noch nicht. Die Reformationsbeauftragte der EKD, Margot Käßmann, nennt den Judenhass Luthers stets deutlich beim Namen.

Aber besonders im 500jährigen Reformationsjubiläum bleiben die dunklen Seiten Luthers eher marginal. Dabei ist sein Antisemitismus zentraler Bestandteil seiner Theologie. Damit verstößt er selbst gegen seine befreiende Lehre von der Barmherzigkeit Gottes und gegen Gottes bleibende Erwählung Israels, wie sie auch im Neuen Testament bezeugt ist. Die evangelische Kirche befindet sich in einem Dilemma. Befreien kann sie sich daraus nur mit einer fundamentalen Distanzierung von Luther durch Luther. Dessen befreiende Theologie der Barmherzigkeit erlaubt keine Feindschaft gegenüber anderen. Seine Engführung aber, das Alte Testament als Prophetie des Kommens von Jesus von Nazareth als Messias auszulegen und daraus Feindschaft gegenüber „ungläubigen“ Juden abzuleiten, widerspricht christlichem Glauben. Zur Geschwisterlichkeit zwischen Christen und Juden gehören auf christlicher Seite elementare Kenntnisse über das Judentum - z.B. des Schabbat - und dessen Respektierung.

*Dr. Jens Gundlach*

---

### **„Hannover hat nichts!“ – Understatement oder Selbstironie?**

123 Jahre war Hannover Teil des britischen Empires; was vielleicht erklärt, dass Einheimische in der jüngeren Vergangenheit oft zurückhaltend reagierten, wenn sie die Vorzüge Ihrer Heimatstadt erläutern sollen. Und das wiederum löste bei vielen NichthannoveranerInnen die Assoziation aus, dass die niedersächsische Landeshauptstadt außer Verkehrskreuzen aller Art nicht viel zu bieten hat. Doch diese externe Einschätzung weicht seit der 750-Jahr-Feier (1991), der EXPO 2000 bzw. der Fussballweltmeisterschaft 2006 allmählich anderen Eindrücken: Hannover ist Wirtschaftsmotor, politische Drehscheibe, engagiert sich für Nachhaltigkeit und hat v.a. eine sehr lebendige Kunst- und Kulturszene.

Ihre VertreterInnen und alle anderen Interessierten waren zwischen dem 16.-19.9.2017 in die Haasenstraße eingeladen [unter dem provokanten Motto „Hannover hat nichts!“], eine originelle Einstimmung auf die Kulturhauptstadt 2025 zu erleben und zugleich eigene Erwartungen zu

formulieren. Das durch die Verwaltung vorgegebene Format ließ viele Ausdrucksformen zu: Wände beschriften, Anregungen in Kugeln verpacken, Taschen mit kunstvollen Headlines versehen, Videobotschaften übermitteln ... und schließlich das direkte Gespräch führen.

Ich nutzte die verschiedenartigen Medien, um neben all den schöngeistigen Ideen auch die *Erinnerungskultur* auf die Vorschlagsliste für die weitere inhaltliche Vorbereitung von „kh25“ zu bringen. Denn auch auf diesem Gebiet hat Hannover viel zu bieten: Orte des Schreckens bzw. der Erinnerung, engagierte Institutionen und ein großes Potential sich v.a. mit der NS-Zeit angemessen und zukunftsweisend auseinanderzusetzen. Wie wichtig dies ist, haben die jüngsten BTW-Ergebnisse bestätigt: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

Im Sinne von „Vorwärts nach weit“ und der Schwitterschen Collagetechnik könnte die sensible Auseinandersetzung mit den vielgestaltigen Überbleibseln der Vergangenheit zu einer in sich gefestigten Kultur-Gesellschaft beitragen. Vielleicht gelingt es sogar, im Kulturhauptstadt-Kontext eine „*Europäische Route der Erinnerungskultur*“ zu initiieren.

Die erste Route dieser Art wurde 1987 vom Europarat mit dem „Jakobsweg“ etabliert. Er wurde damit zum Startpunkt für eine zeitgenössische, intergenerationale und multimediale Beschäftigung mit dem Pilgerwesen.

*Anke Biedenkapp, Global Partnership Hannover / Mitglied im Netzwerk Erinnerung und Zukunft / Mitglied im Vorstand der Rosebusch Verlassenschaften*

---

## **Lesetipps**

*In Vorbereitung und als Einstimmung zu unserer Tagung im November oder als privater Bildungsimpuls, ganz wie frau/man es sehen mag, seien hier aus der Fülle der Literatur zur Bedrohung unserer demokratischen Verfasstheit zwei instruktive Studien als Leseempfehlung kurz vorgestellt. Hat das Buch von Samuel Salzborn in erster Line die deutschen Neuen Rechten mit ihrer europäischen Vernetzung im Blick, erörtert der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev aus der Erfahrung der jüngeren Geschichte Osteuropas heraus den wachsenden Widerspruch zwischen Europa zugewandten Haltungen und Einstellungen und dem Wiederaufleben von Nation, Volk, Ethnie als vermeintlichem Schutzschild gegen neue Herausforderungen einer chaotisch wirkenden Nach 1990-Moderne.*

## **„Angriff der Antidemokraten“**

Wenige Augenblicke nach seiner Empfehlung, die Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz der Bundesregierung in der Türkei zu „entsorgen“, wenige Stunden, nachdem er die Schleifung des grundgesetzlich garantierten Asylrechts gefordert hatte, weil dieses Ausdruck der „Überkompensierung der zwölf schlimmen Jahre“ wäre, bekam Alexander Gauland in Frank Plasbergs Talkshow der ARD eine Stunde Zeit, seinen völkisch-reaktionären Propagandaschwall vor einem Millionenpublikum auszubreiten. Man tat so, als sei er ein zu akzeptierender Debattenpartner in einer Runde am Gemeinwohl interessierter PolitikerInnen, JournalistInnen und ZuschauerInnen. Anderen einstigen Kandidatinnen und Kandidaten der AfD – und nun Abgeordnete des Deutschen Bundestages – wurde mediale Aufmerksamkeit in ähnliche Weise zuteil. So wurde und wird bei aller Abgrenzung liberal-demokratischer Positionen zu denen des sich volksnah gebenden Rechtsextremismus ein Konsens um den Begriff Gemeinwohl konstruiert, auf dessen Basis sich streiten ließe. Damit, so die Konsequenz, die der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn aus seiner

luziden Untersuchung der „völkischen Rebellion der Neuen Rechten“ zieht, geht man denen auf den Leim. Denn deren Vorstellung von einem kategorisch und a priori gesetztem Gemeinwohl, das sie als Volksseiende gegen die „Eliten“, die „da Oben“, die „Technokraten“, die „politische Klasse“ allgemein etc. zu vertreten vorgeben, ist geprägt von bevormundender und unterdrückerischer Selbstermächtigung eigener Interessen. Gemeinwohl ist Aushandlungssache im „demokratisch-pluralistischen Prozess durch repräsentative Mehrheiten“. Es ist damit nur „a posteriori bestimmbar“, weil es in Interessenskonflikten ausgehandelt werden muss. Insofern könne nicht oft genug betont werden, dass nicht irgendein politischer Konsens das Wesen von Demokratie ausmacht, sondern der Diskurs, der „kontroverse Prozess der Willensbildung“. Diesem liegt zwingend ein gemeinsam anerkannter Wertkodex zugrunde, dessen Schlüssel die Orientierung an der „Anerkennung des sich selbst bestimmenden Individuums als genuines Subjekt der Politik“ bildet. Was die Neuen Rechten anbieten, ist nicht ein Gemeinwohl der Anerkennung von Differenz, sondern eine Volksgemeinschaft, die eine rassistische, antisemitische und völkisch nationalistische Inklusion anstrebt, um die entsprechende Exklusion zu praktizieren. Dies zeichnet Salzborn, ähnlich wie Volker Weiß (s. die Rezension im Newsletter 3/3017) nach, nimmt die Genese der Neuen Rechten in der Bundesrepublik und ihre ideologische Verpflichtung gegenüber ihren Ziehv Vätern – allen voran Carl Schmitt – in den Blick, um sich dann auf der materiellen Grundlage zahlreicher, auch eigener, politikwissenschaftlich-soziologischer Studien einzelnen Politikfeldern und weltanschaulichen Grundsätzen – Antisemitismus, Antiislamismus, Verschwörungstheorien, Hasspredigertum und kleinbürgerlichem Klientelismus –, um nur einige zu nennen, zu beschäftigen. Salzborns Exkursion in die geistige und politische Welt des Aleksandr Dugin und seinem eurasischen Imperialismus sowie messianischen Eifer findet ihr Logik nicht nur in dessen Nähe zu den französischen Éléments der Nouvelle Droite um Alain de Benoist. Er zeigt die evidenten Parallelen im Antiamerikanismus und dem Widerstand gegen ein Weltbürgertum im Zuge der Globalisierung.

**Samuel Salzborn: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim/Basel 2017, 14,95 €**

*Um einen Blick darauf zu richten, wie sich Ideologie und Praxis rechtsextremer Bewegungen an ganz unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten ähneln, sei auf den Artikel „Potempaville“ von Norbert Frei in der SZ v. 19./20.8.2017 hingewiesen:*

<http://www.sueddeutsche.de/politik/kolumne-potempaville-1.3632062>

## **Europadämmerung**

Die Vorstellung von einem Weltbürgertum oder zumindest einer auf EU-Europa gerichteten Gegenwarts- und Zukunftspolitik ruft Widerstände hervor, die sich zunehmend in einem wirkmächtigen Antagonismus von „Wir, die Europäer“ und „Sie, das Volk“ ausdrücken. Ivan Krastev, Politikwissenschaftler aus Sofia und in seiner Wissenschaftsdisziplin in den USA und Europa gut vernetzt, will deren Hintergründe aufspüren. Im Fokus stehen dabei die Menschen in Bewegungen und Parteien, denen der ständige technische und soziale Wandel über den Kopf wächst, die „Irgendwo-Menschen“, die sich einer identitätsstiftenden Gruppe, einer Region, einer Geschichte entrissen fühlen. Ihr Gegenpart sind die „Überall-Menschen“, die eine durch Bildung und Fachkompetenz erworbene tragbare Identität besitzen, sich also ungebunden in der Welt bewegen können. Sie verkörpern in Gestalt der EU-Meritokratie das europäische Projekt, in dem sich traditionelle Bindungen auflösen, was andere als Bedrohung empfinden. Die Führer der sich als Bedrohte sehenden Bewegungen agieren in demokratischen Verhältnissen, die sie umzudrehen



suchen: Mehrheitsbildungen dienen ihnen der Exklusion. Sie suchen diese zu erreichen, indem sie dem gefühlten Zusammenbruch individueller und kollektiver Gewissheiten Erlösungsformeln eines Neuanfangs im Alten entgegenstellen. Dort, wo diese Bewegungen Mehrheiten erreicht haben wie in Polen und Ungarn oder auf dem Weg dorthin sind wie in anderen Teilen Osteuropas, wird die Demokratie genutzt, um mit der Mehrheit politische und soziale, Minderheiten zu unterdrücken oder als ethnisch definierte Gruppen aus der Volksnation auszuschließen. Wie es der türkische Autokrat Erdoğan sinngemäß formulierte: Demokratie ist wie ein Zug, den wir benutzen um ein Ziel zu erreichen und ihn dann verlassen.

Man wird sich mit Krastev darüber streiten können, ob die Flüchtlingskrise seit 2015 Europas 11. September war, an dem sich alles unumkehrbar veränderte, wie er zuspitzt, oder ein Kulminationspunkt einer krisenhaften Entwicklung von Mentalitäten und Einstellungen, von sozialer und politischer Ungleichheit in Europa, die dies politische Gebilde vertikal – die da oben wie da unten – und horizontal – der Westen und der Osten – spalten. Zweites analysiert er treffsicher. Leserinnen und Leser, „denen die osteuropäische Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen als schockierend erschienen mag“, zeigt er, dass dies doch „keine Überraschung“ ist. „Sie hat ihre Wurzeln in der Geschichte, in der Demografie und in den verzwickten Paradoxien der postkommunistischen Übergangsphase.“ Als in Osteuropa sozialisierter Mensch – 1967 im bulgarischen Lukovit geboren –, der die Erfahrungen von Staatssozialismus und dessen Auflösung, von erwartungsfrohen persönlichen Freiheitsgefühlen und hoffnungsvoller Weltzugewandtheit nach 1990 erlebt hat, zeigt er, wie den folgenden neoliberalen Wirtschaftsreformen mit ihren massiven Krisenerscheinungen, den Erfahrungen massenhafter Migration und damit einem dramatischen demografischen Wandel ein tiefgreifender Zynismus „vergessener Verlierer“ in Europa folgte. Ein Denken und Fühlen in demografischen Kategorien – bei einer Gesamtbevölkerung von 7 Millionen leben 2,7 Millionen (2011) Bulgaren im Ausland – verleitet dazu, die Nation als ein „Schutzschild gegen den Gedanken der Sterblichkeit“ zu überhöhen. Während sich erhebliche Teile der osteuropäischen Bevölkerung, insbesondere die Jugend und gut ausgebildeter Kräfte, im europäischen Ausland bewegen und ihre Herkunftsbindungen verlieren, kapseln sich große Teile der osteuropäischen Bevölkerung in einen „tief verwurzelten Misstrauen gegenüber dem kosmopolitischen Denken“ vom Westen des Kontinents ab. Darin sind diese nationalistisch-völkischen Strömungen der sich abgehängt und von der Globalisierung bedroht Fühlenden natürlich zu vergleichen mit ähnlichen Bewegungen im Trump-Land, im Brexit-Großbritannien und anderswo. Sie organisieren die Revolte gegen europäisch verortete Eliten, gegen das Andere und die Anderen, durch das sie sich fühlen. Dem ständig artikulierten Misstrauen gegen *die* Politiker entspricht im Osten paradoxer Weise der (Wähler)Wille, Personen an die Macht zu wählen, die staatlich organisierte Politik auf alle Lebensbereiche ausdehnen und diese damit kontrollieren: Abschaffung der Unabhängigkeit der Gerichte, Kontrolle der Medien, Ausweitung staatlicher Kontrolle überhaupt, Umkrempeln des Bildungswesens wie zur Zeit in Polen scheinen die Mehrheiten nicht zu stören. Die in dieser Politik implizierte Unterdrückung von Minderheiten, von in einer Demokratie zeitweilig unterlegenen Konkurrenten um die politische Macht, wird als echter, umfassender Sieg begriffen, der das Recht okkupieren kann. The winner takes it all mag im Sport Leitmotiv sein, in der kapitalistischen Wirtschaft oberstes Prinzip: In der Politik bedeutet dies Motto die Zerstörung von Gesellschaft zugunsten einer homogenisierten Volksgemeinschaft. Dass diese praktizierte Politik und diese Perspektive so populär sind, liegt auch, und das behandelt der Autor ausführlich, an den oft wirklichkeitsfernen aber im Diktatmodus praktizierten Entscheidungen in Brüssel oder anderen Orten transnationaler Politik. Dabei hätten die Menschen in Osteuropa nach dem Zusammenbruch ihrer diktatorischen Regime eher Brüssel getraut als ihren Wendepolitikern in den eigenen nationalen Regierungen. Heute würden sie bei allem Misstrauen gegenüber der Unaufrichtigkeit und mangelnden Kompetenz ihrer nationalen

Vertretungen eher diesen trauen als auf Brüssel setzen. Denn im Zuge der Migrationskrise sähen sie bei ihren Regierungen die Bereitschaft, die unmittelbaren nationalen Interessen zu schützen. Alle Europäer – und nicht nur die – befänden sich in einem „Solidaritätskonflikt“. Nationale, ethnische und religiöse Solidaritätspflichten gerieten mit unseren Pflichten als Menschen in Konflikt. Und dieser Konflikt wirkt nicht nur innerhalb der Gesellschaften, sondern droht das Verhältnis zwischen den Nationalstaaten zu bestimmen, führt zu einer „Wiederauferstehung der Ost-West-Spaltung“.

Krastevs intensives Nachdenken über die „Europadämmerung“, dem man/frau sich bei der Lektüre dieses schmalen Bändchens anschließen sollte, lässt ihn zu dem Schluss kommen, dass es wenig Sinn mache, den „Populismus“ – Rechtsextremismus wäre wohl der treffende Begriff – besiegen zu wollen, sondern dass es darauf ankomme, sich darauf zu einigen, wie mit seiner Gefährlichkeit umzugehen sei. Dabei könne sich die „Demonstration der Überlebensfähigkeit“ als eine der wichtigen Legitimationsquellen der Europäischen Union erweisen.

**Ivan Krastev: Europadämmerung. Ein Essay. Berlin 2017, 14,00 €**

PS

---

## **Ankündigungen**

### **Info-Lunch zur Landtagswahl**

**Termin: Mi., 18.10.2017, 12-13.30 Uhr Ort: Stephansstift, Kirchröder Str. 44, Hannover**

Am 15.10. wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Doch wie sind die Wahlergebnisse zu bewerten? Was ist das Besondere am Ergebnis und wie wird es weiter gehen?

Gemeinsam mit Heiko Randermann von der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung und Prof. Markus Tepe von der Uni Oldenburg analysieren wir die Wahlergebnisse.

Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an politische Bildnerinnen und Bildner aus Jugend- und Erwachsenenbildung. Auch Lehr- oder Ganztagsbetreuungskräfte, die das Thema „mit in die Schule“ nehmen möchten, sind herzlich willkommen.

Um Anmeldung wird gebeten unter: [anmelden@lpb.niedersachsen.de](mailto:anmelden@lpb.niedersachsen.de)

*Daniela Kallinich, Referentin der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung*

---

### **NS-Propagandafilm zum Ghetto Theresienstadt**

**23. Oktober 2017, ab 19.30 Uhr**

Am Montag, den 23. Oktober, zeigt das Kommunale Kino in Zusammenarbeit mit der Städtischen Erinnerungskultur den NS-Propagandafilm „Theresienstadt. Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet“ von Regisseurin Kurt Gerron aus dem Jahr 1944. Der auch unter dem Titel „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“ bekannte NS-Film, der bis Kriegsende nie öffentlich aufgeführt wurde, sollte dem Ausland ein geschöntes Bild des Lebens in Theresienstadt zeigen. Kontrastiert wird dieser Propagandafilm durch eine wissenschaftliche Einführung und den ebenfalls gezeigten Dokumentarfilm "Theresienstadt sieht aus wie ein Kurort" aus dem Jahr 1997, über die Erinnerungen einer Überlebenden an das Ghetto Theresienstadt, die im Propagandafilm nur zu sehen ist.



Ausschnitt aus dem NS-Propagandafilm „Theresienstadt. Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet“, 1944 © Arsenal

Ort: Kommunales Kino im Künstlerhaus, Sophienstraße 2, 30159 Hannover

Preise: Eintritt 6,50 €, Eintritt ermäßigt 4,50 €, Eintritt für Hannover-Aktiv-Pass-Inhaber frei

Kinokasse: Kartenverkauf, Reservierungen, Infos, Geöffnet eine 1/2 Stunde vor Veranstaltungsbeginn

Tel: (0511) 168-45522; E-Mail: kokiKasse@hannover-stadt.de

*LHH Städtische Erinnerungskultur*

---

## **Zentrales Gedenken an die Pogromnacht 1938**

**9. November 2017, 12.00 Uhr**

Am 9. November 2017 erinnern die Landeshauptstadt Hannover und die Region Hannover um 12 Uhr mit einer zentralen Gedenkveranstaltung an die Verbrechen der Pogromnacht und an die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes.

Das Gedenken findet statt am Mahnmal „Neue Synagoge“ in der Roten Reihe, der Ort, an dem in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 die prachtvolle Synagoge der jüdischen Gemeinde Hannovers niedergebaut wurde. In derselben Nacht hatte die Polizei 181 Juden aus Hannover verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt.

Schülerinnen und Schüler der Heisterbergschule, die mit ihren engagierten Lehrkräften seit Jahren das Gedenken am 9. November aktiv unterstützt, werden die Veranstaltung inhaltlich gestalten.



*Niedergelegte Kränze am Gedenkort Neue Synagoge Hannover © LHH*

*LHH Städtische Erinnerungskultur*

---

## Veranstaltung zur Arbeit am NS-Dokumentations- und Lernzentrum

Auf der letzten Mitgliederversammlung wurde gefordert, mit der öffentlichen Debatte um die Entwicklung des NS-Dokumentations- und Lernorts zu beginnen. Für Ende November, wahrscheinlich am Mo. 27.11.2017, ist eine solche Veranstaltung mit Vertretern der Stadt, Historikern und dem Verein in konkreter Planung. Der genaue Termin und Ablauf werden so rasch als möglich bekanntgegeben.

PS

---

### Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jeden ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 26.09.2017. Redaktionsschluss der Novemberausgabe am 28.11.2017.

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 0/15; [erinnerung-und-zukunft@t-online.de](mailto:erinnerung-und-zukunft@t-online.de); [www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de](http://www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de)

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

